

26.01.05

**Unterrichtung**  
durch die Bundesregierung

---

**Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze**

Bundesrepublik Deutschland  
Der Bundeskanzler

Berlin, den 26. Januar 2005

An den  
Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses  
des Deutschen Bundestages und des Bundesrates

Die Bundesregierung hat beschlossen, zu dem vom Deutschen Bundestag am 11. November 2004 verabschiedeten

**Gesetz zur Änderung des Aufenthaltsgesetzes und weiterer Gesetze**

zu verlangen, dass der Vermittlungsausschuss gemäß Artikel 77 Absatz 2 des Grundgesetzes einberufen wird.

Gerhard Schröder

An den  
Präsidenten des Bundesrates

Das vorstehende Schreiben wurde dem Vorsitzenden des Vermittlungsausschusses am 26. Januar 2005 zugeleitet.

---

Versagung der Zustimmung durch den Bundesrat: Drs. 987/04 (Beschluss)